

Österreichs neue Regierung: Pensionskürzungen und Änderungen stehen bevor!

Die neue Regierung aus ÖVP, SPÖ und NEOS wurde am 3. März 2025 angelobt und plant umfassende Änderungen im Pensionssystem.

Österreich, Land -

Am Montag, dem 3. März 2025, wurde die neue Regierung in Österreich aus ÖVP, SPÖ und NEOS angelobt. Bereits in den Tagen zuvor hatte man sich auf ein umfangreiches Regierungsprogramm geeinigt, das weitreichende Veränderungen im Bereich der Pensionen vorsieht. Der neueste Sparplan beinhaltet, dass zukünftige Pensionisten mit spürbaren finanziellen Einbußen rechnen müssen, was zu einem sofortigen Hieb ins Geldbörstel für viele ältere Mitbürger führen wird, wie **5min.at** berichtete. Ab 1. Juni 2025 wird der Krankenversicherungsbeitrag für Pensionisten von 5,1 auf 6 Prozent steigen, was zu einem Netto-Pensionsverlust von mehreren Hundert Euro jährlich führen könnte.

Im Rahmen des Regierungsprogramms sind zudem massive Reformen bei der Korridor pension geplant. Diese Regelungen werden ab 2026 verschärft: Um eine Korridor pension erhalten zu können, müssen Pensionisten nun 42 Versicherungsjahre nachweisen und mindestens 63 Jahre alt sein. Sollte der geplante Budgetpfad für Pensionsausgaben nicht eingehalten werden, könnten weitere Maßnahmen bis 2035 nötig sein, was die finanzielle Planung für viele stark erschwert. Die Regierung

strebt an, bis 2031 insgesamt 2,9 Milliarden Euro im Pensionsbereich zur Haushaltskonsolidierung beizutragen, berichtete **kleinezeitung.at**.

Flexibler Einstieg ins Rentenleben?

Die Überlegungen, das Antrittsalter an die steigende Lebenserwartung zu koppeln und eine „Flexipension“ einzuführen, bei der Pensionisten zwischen 61 und 69 Jahren wählen können, scheinen ebenso Teil der neuen Strategie zu sein. Gleichzeitig wird der Fokus auch auf die berufliche Weiterbildung älterer Arbeitnehmer gelegt, um einen fließenden Übergang in die Pension zu ermöglichen. Anreize für Arbeitgeber zur Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze könnten ebenfalls Bestandteil dieser Reformen sein, um möglichst viele ältere Arbeitnehmer im Berufsleben zu halten. Die Unsicherheit über zukünftige Änderungen im Rentensystem bleibt jedoch, vor allem angesichts der erneut anstehenden Wahlen bis 2029. Ob diese Maßnahmen tatsächlich zum Wohl der älteren Generation ausreichen werden, bleibt abzuwarten.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich, Land
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.5min.at• www.kleinezeitung.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at